



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin

INTERNET www.bmwi.de

Pressestelle

TEL +49 30 18615 6121 und 6131

FAX +49 30 18615 7020

E-MAIL pressestelle@bmwi.bund.de



Stellungnahme der Ostbeauftragten Gleicke zu den erhobenen Vorwürfen zur Studie „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland – Ursachen, Hintergründe, regionale Kontextfaktoren

Die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Länder, Iris Gleicke:

„Ich sehe keinen Grund für Zweifel an Inhalt und Methodik der Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung. Und ich bleibe dabei: Ursachenforschung ist wichtig und unentbehrlich. Der Verfassungsschutzbericht zeigt die Faktenlage bei den rechtsmotivierten Gewalttaten. Knapp 50 % der 1.408 rechtsmotivierten Gewalttaten aus dem Jahr 2015 wurden in Ostdeutschland verübt. Das ist ein Problem und dieses darf nicht kleingeredet oder verleugnet werden. Ursachen müssen schonungslos und ohne Tabus aufgedeckt und offengelegt werden, denn Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind eine ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland.

Diese Ursachenforschung war Inhalt und Zielsetzung der Studie. Ursachenforschung kann selbstverständlich nur dort erfolgen, wo die Probleme von rechtsextremen Vorfällen vor Ort bestehen.

Die erhobenen Vorwürfe, es wären Interviewpartner im Rahmen der Studie erfunden oder fingiert worden, weise ich mit Nachdruck zurück. Diese Unterstellungen sind unzutreffend. Das Göttinger Institut für Demokratieforschung hat zu den Vorwürfen bereits Stellung genommen und dargelegt, dass selbstverständlich alle Interviewpassagen von tatsächlichen Akteuren vor Ort stammen, aber die Namen der interviewten Personen verfremdet oder anonymisiert wurden, sofern diese Personen keine ausdrückliche Freigabe zur Nennung des Klarnamens erteilt haben.



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Eine Verfremdung oder Anonymisierung ist beim Thema Rechtsextremismus völlig normal. Wer sich klar gegen Rechts positioniert, kann Opfer von rechter Gewalt werden. Da ist es völlig verständlich, wenn nicht die Klarnamen verwendet werden. Diese Vorgehensweise anzukreiden, zeigt, wie wenig Verständnis für das Problem Rechtsradikalismus vorhanden ist.“



Weitergehende Informationen des Bundeswirtschaftsministeriums:

Die Studie „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland – Ursachen, Hintergründe, regionale Kontextfaktoren“ wurde ausgeschrieben, um mögliche Ursachen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland auf regionaler Ebene untersuchen zu lassen. Im Rahmen des Vergabeverfahrens mussten die Bewerber u.a. ausführlich darlegen, über welche Vorkenntnisse sie im Hinblick auf das Thema verfügen, welche Methoden sie vorschlagen und welche Erfahrungen sie hierfür mitbringen. Auf dieser Basis wurde das Göttinger Institut für Demokratieforschung mit der Erstellung der Studie beauftragt.

Es gibt keine Veranlassung, daran zu zweifeln, dass der Auftragnehmer die Studie nach aktuellen wissenschaftlichen Standards ausgeführt hat. Es handelt sich nicht um eine repräsentative Studie sondern um "Qualitative Sozialforschung", in der qualitative Interviews geführt wurden und neben den qualitativen Studien einen Methodenmix verwendet wurde. Dies ist eine übliche Vorgehensweise in der Sozialforschung. Insoweit ist die Verkürzung in der medialen Darstellung auf die Durchführung lediglich von Einzelinterviews unzutreffend. Insbesondere der Umstand, dass die ausgewählten Regionen eine hohe Signifikanz in der polizeilichen Statistik der „politisch motivierten Kriminalität Rechts“ haben, wird dabei unangemessen relativiert.

Das Bundeswirtschaftsministerium als Auftraggeber muss zu Abnahme der jeweils in Auftrag gegebenen Studie darüber befinden, ob dieser Auftrag erfüllt wurde, d.h. die zu klärenden Fragen beantwortet wurden. Die fachliche Verantwortung liegt dabei bei dem beauftragten wissenschaftlichen Institut. Es gibt keinen Grund, die Seriosität der vorgelegten Studie in Zweifel zu ziehen.

Die Kosten der Studie belaufen sich auf insgesamt 129.391,86 Euro einschließlich 19% Umsatzsteuer.

Berlin, den 24.5.2017